

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 170/2022

Sitzung vom 6. Juli 2022

973. Anfrage (Situation Spital Uster und Gesundheitsversorgung Zürcher Oberland und Glattal)

Kantonsrätin Claudia Frei-Wyssen, Uster, hat am 23. Mai 2022 folgende Anfrage eingereicht:

Die Gesundheitsdirektion hat im März 2022 entschieden, das Spital Uster nur provisorisch auf der Spitalliste zu führen.

Dies führt zu grossen Unsicherheiten bei der Bevölkerung, im Spital Uster selbst, namentlich beim Personal und auch bei Kreditgebern des Spitals.

Das Spital Uster ist das achtgrösste Spital im Kanton und es kommt ihm sowohl in der Patientenversorgung der Region (der Bezirk Uster zählt zu den bevölkerungsreichsten Bezirken im Kanton und ist stark am Wachsen) wie auch als Arbeitgeber eine äusserst wichtige Rolle zu. Zudem ist es eines der grössten Ausbildungsspitäler im Kanton. Dies ist angesichts des Fachkräftenotstandes im medizinischen Bereich nicht zu vernachlässigen. So existieren im Spital Uster 230 Ausbildungsplätze, wovon die allermeisten im medizinischen Bereich anzusiedeln sind und bei einer Schliessung von den anderen Spitälern wohl kaum komplett kompensiert werden könnten.

Am 15. Mai 2022 wurde durch die Stimmbevölkerung der Zweckverbandsgemeinden mit grosser Mehrheit und einstimmiger Haltung aller beteiligten Gemeinde der Umwandlung in eine AG zugestimmt. Dies zeigt, wie gross die Abstützung in der Bevölkerung ist.

Dadurch, dass das Spital Uster nun nur noch provisorisch auf der Spitalliste sein soll, ist zu befürchten, dass dies vor allem bei Kreditgebern die Kreditwürdigkeit in einer Art und Weise bedroht, die für das Spital Uster existenziell ist. Auch besteht die Gefahr, dass Fachkräfte abgeworben werden. Wenn dies so bleibt, ist einzig und allein aufgrund dieses provisorischen Status mit einer baldigen Schliessung des Spitals zu rechnen.

In diesem Zusammenhang frage ich den Regierungsrat an:

1. Plant die Gesundheitsdirektion beim Spital Uster eine Schliessung durch die Hintertür, indem ihm eine längerfristige Perspektive und damit die Kreditwürdigkeit entzogen wird?

2. Wie gedenkt die Gesundheitsdirektion bei einer allfälligen Schliessung die Versorgungssicherheit im Einzugsgebiet Zürcher Oberland/oberes Glattal mit 180'000 Einwohnern sicherzustellen? Zumal die umliegenden Spitäler bereits heute an ihren Kapazitätsgrenzen sind.
3. Weshalb nimmt die Gesundheitsdirektion angesichts dieses provisorischen Status einen doch beträchtlichen Reputationsschaden des Spitals Uster in Kauf?
4. Wird die Situation berücksichtigt, dass gerade in den vergangenen zwei Jahren mit der Corona-Pandemie die Kapazitäten in den aktuell bestehenden Spitälern ein grosses Thema waren?
5. Wie würde der Regierungsrat bei einer Schliessung des Spitals Uster die Ausbildungsplätze gewährleisten wollen, sowohl bei den Ärzten als auch beim Pflegepersonal und den paramedizinischen Berufen?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Claudia Frei-Wyssen, Uster, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1–5:

Die Gesundheitsdirektion hat mit Ermächtigung des Regierungsrates (RRB Nr. 350/2022) am 15. März 2022 das Vernehmlassungsverfahren zum provisorischen Strukturbericht und zum Entwurf der Zürcher Spitallisten 2023 eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren endete am 14. Mai 2022. Während der Dauer des Vernehmlassungsverfahrens und darüber hinaus war und ist die Gesundheitsdirektion mit verschiedenen Leistungserbringern und weiteren Betroffenen im direkten Austausch, so auch mit dem Spital Uster. Diskutiert werden insbesondere die gegenwärtige und künftige Versorgungssituation und das Leistungsangebot der Spitäler ab 2023. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Für die Beantwortung der gestellten Fragen wird daher auf die definitive Fassung des Strukturberichts und die Festsetzung der Zürcher Spitallisten 2023 durch den Regierungsrat verwiesen, die für Ende August 2022 geplant sind.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli